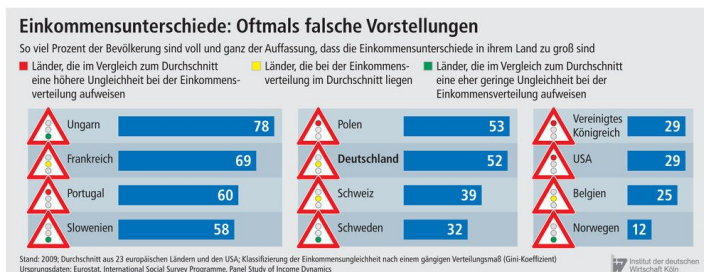


Verteilungsdebatte | 24.07.2014 | Lesezeit 3 Min.

Irren ist menschlich

In den USA regen sich die Menschen kaum über die großen Einkommensunterschiede auf, in Deutschland dagegen werden selbst deutlich geringere Unterschiede sehr kritisch gesehen. Dies ist ein Ergebnis einer Studie des IW Köln, das für 24 Länder die Wahrnehmung der Ungleichheit untersucht und mit der Realität verglichen hat.



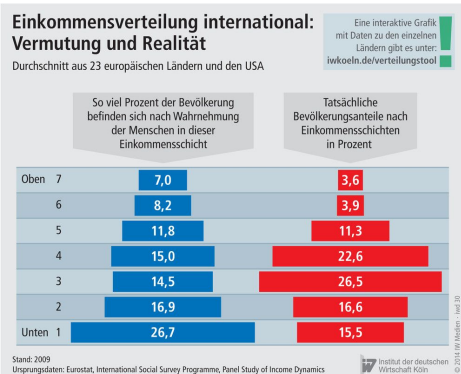
Mehr als die Hälfte der Bundesbürger ist fest davon überzeugt, dass die Einkommensunterschiede in Deutschland zu groß sind (Grafik). Dies ist das Ergebnis

einer länderübergreifenden Befragung des International Social Survey Programme zu Themen der sozialen Ungleichheit im Jahr 2009, dessen Ergebnisse häufig in Gerechtigkeits- und Umverteilungsdebatten zitiert werden.

Noch kritischer als die Deutschen sind die Franzosen. Mehr als zwei Drittel von ihnen kreuzten im Fragebogen an, die Einkommensunterschiede in ihrem Land seien zu groß.

Schweizer und Belgier beurteilen die Einkommensdifferenzen in ihren Ländern weniger kritisch.

Bemerkenswert ist allerdings, dass diese vier Länder – trotz der sehr unterschiedlichen Bewertung der Einkommensunterschiede – sehr ähnlich abschneiden, wenn es um die tatsächliche Einkommensverteilung geht. In der finden sich nämlich die meisten Menschen in der Mitte der Gesellschaft wieder. Die Einkommensverteilung gleicht einem Ei oder dem Michelin-Männchen – hat also sehr ausgewogene Proportionen.



Diese Form der tatsächlichen Einkommensverteilung zeigt sich auch für den Durchschnitt der 24 vom IW Köln untersuchten Länder (Grafik). Die Wahrnehmung der meisten Europäer weicht davon aber deutlich ab: Sie gleicht eher einer Pyramide – mit einer kleinen Elite oben, mehr Menschen in der Mitte und den meisten Menschen unten.

Wie es in einzelnen Ländern in Europa sowie in den USA aussieht und welche Erklärungen es für Diskrepanzen oder Analogien zwischen Wahrnehmung und Realität gibt, verdeutlichen diese Beispiele:

Osteuropa. Die Ungarn beurteilen die Einkommensunterschiede noch kritischer als die Franzosen. Obwohl die Gesellschaft fast schon dem Ideal nahekommt. Sie hat eine der ausgewogensten Verteilungen Europas.

Auch in Slowenien, Tschechien und der Slowakei herrscht eine große Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit.

Diese überaus kritische Sicht auf die Einkommensunterschiede lässt sich zum einen dadurch erklären, dass die Osteuropäer aufgrund ihres sozialistischen Hintergrunds auch auf kleinste Ungleichheiten sehr sensibel reagieren. Zum anderen ist das Mittelschichtsmodell in der Wahrnehmung der Menschen nicht angekommen. Der Großteil der Bevölkerung wird in diesen Ländern am unteren Ende der Einkommenshierarchie vermutet.

Skandinavien. In Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland sind die Bürger der Auffassung, dass bei ihnen die Einkommensunterschiede nicht allzu groß sind. Und dem ist in der Tat so, denn neben einer jeweils kleinen Ober- und Unterschicht gibt es eine große Mittelschicht. Die skandinavischen Länder haben also auch innerhalb der eigenen Grenzen das Image von klassischen Wohlfahrtsstaaten.

Angelsachsen. Im Vereinigten Königreich und in den USA sagen nur wenige Menschen, in ihren Ländern sei der Wohlstand ungleich verteilt – obwohl genau das zutrifft. So gleicht die Einkommensverteilung in den USA eher einer Pyramide – unten ganz viele, oben ganz wenige. Dass die Amerikaner damit kein Problem haben, wird oft vor allem damit erklärt, dass die meisten von ihnen felsenfest davon überzeugt sind, jeder sei für sein Glück – sprich Einkommen – selbst verantwortlich.

Der Befund, dass Amerikaner die Einkommensverteilung falsch einschätzen, ist nicht neu: So wird vermutet, dass das reichste Fünftel der US-Bürger nur knapp 60 Prozent des Vermögens hält – tatsächlich sind es aber mehr als 80 Prozent.

Amerika ist ein Beleg dafür, dass in der (Um-)Verteilungsdebatte oft nicht die Fakten zählen, sondern die gefühlte Wirklichkeit. Für diese These spricht, dass der Wohlfahrtsstaat in den USA eher rudimentär ausgeprägt ist – schon die teils militante Ablehnung der Krankenversicherungspflicht („ObamaCare“) durch weite Teile der Bevölkerung zeigt, wie wenig sozialpolitischen Handlungsbedarf Amerikaner sehen.

Ganz anders in Deutschland: Hier wird die Politik durch Gerechtigkeitsdebatten getrieben, wie die jüngsten Beispiele - Mindestlohn, Rente mit 63 und Mütterrente - zeigen. Und diese Diskussionen dürften die Bevölkerung in ihrer Einschätzung noch bestätigen, dass mit der Wohlstandsverteilung in Deutschland nicht alles in Ordnung ist.

Kernaussagen in Kürze:

- Mehr als die Hälfte der Bundesbürger ist fest davon überzeugt, dass die Einkommensunterschiede in Deutschland zu groß sind - noch kritischer sind die Franzosen.
- Die Wahrnehmung unterscheidet sich jedoch von der tatsächlichen Klassifizierung in der gesamten Einkommensverteilung.
- Auch in Slowenien, Tschechien und der Slowakei herrscht eine große Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit.